Ausgabe 04/2019

Liebe Bürgerinnen und Bürger, liebe Genossinnen und Genossen,

in meinem aktuellen Newsletter möchte ich Ihnen und euch über die Debatten und Beschlüsse des Juni und Juli Plenums sowie über aktuelle Meldungen aus dem Kreis Coesfeld berichten.

In den letzten Wochen wurde weiter über die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen diskutiert. Die Schwarz-Gelbe Landesregierung möchte mit ihrem Vorschlag zur Neuregelung der Straßenausbaubeiträge ein neues Bürokratie-Monster schaffen, dass weder die Bürgerinnen und Bürger, noch die Kommunen vollständig entlastet. Wir setzen uns weiter für die vollständige Abschaffung der Straßenausbaubeiträge ein.

Nachdem Bundesumweltministerin Svenja Schulze in der letzten Woche drei Gutachten von ökonomischen Instituten vorgestellt hat, die die Lenkungs- und Verteilungswirkungen verschiedener CO2-Bepreisungsmodellen untersucht haben, ist die Debatte um die Reduktion von CO2-Ausstoß brandaktuell. Wir haben daher hierzu für das Juli Plenum eine Aktuelle Stunde zu dem Thema beantragt. Wir stehen für eine sozial gerechte Ausgestaltung einer CO2-Abgabe, die die unteren und mittleren Einkommensschichten nicht zusätzlich belastet.

Im Juni haben wir ein kostenloses Ticket für den öffentlichen Nahverkehr für Kinder und Jugendliche gefordert. Die Einführung eines solchen Tickets kann ein guter Schritt zu einer echten Verkehrswende sein, indem früh Anreize für mehr Klimabewusstsein gesetzt werden.

Anfang Juli habe ich die Westfleisch-Niederlassung in Coesfeld besucht. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter leisten dort eine unglaublich körperlich fordernde Arbeit, für die sie unseren Respekt verdienen. Fleisch Zum anderen wurde mir aber auch wieder der hohe Konsum von Fleisch bewusst. Für eine faire Entlohnung der Landwirte und mehr Tierwohl muss das Dumping beim Fleischpreis gestoppt werden.

Ich möchte auf diesem Weg noch auf meine jährliche Sommerradtour im meinem Wahlkreis aufmerksam machen. Zwischen dem 19. und dem 23. August 2019 werde ich in den Gemeinden und Städten im Kreis Coesfeld mit dem Fahrrad unterwegs sein und für Gespräche zur Verfügung stehen. Ein genauer Ablaufplan ist in Kürze auf meiner Homepage abrufbar.

Ich wünsche Ihnen schöne Sommerferien und viel Spaß beim Lesen des Newsletters!

André Stinka MdL

STRASSENAUSBAUBEITRÄGE: „NEUES BÜROKRATIEMONSTER VON SCHWARZ-GELB“

Die Fraktionen von CDU und FDP haben ihre Ideen für Änderungen an den Straßenausbaubeiträgen vorgestellt. Durch ein Förderprogramm in Höhe von jährlich 65 Millionen Euro sollen die Höchstsätze der Anliegerbeteiligung auf 40 Prozent begrenzt werden. Die Vorschläge der schwarz-gelben Regierungskoalition schaffen mehr Probleme, als sie lösen. CDU und FDP überhören den lauten Protest von nahezu 500.000 Menschen in diesem Land. An der Tatsache, dass Straßenausbaubeiträge keine Rücksicht auf die individuelle finanzielle Leistungsfähigkeit nehmen, ändert sich nichts. Es bleibt bei einem ungerechten System. Kommunen, die das Förderprogramm in Anspruch nehmen wollen, müssen ihre entsprechenden Satzungen überarbeiten. Um in den Genuss des Geldes zu kommen, braucht es zukünftig einen Antrag der Kommune beim Land. Die Rathäuser in NRW müssen von den aufwändigen Beitragsabrechnungen entlastet werden. Durch das Förderprogramm der Landesregierung wird ein ohnehin komplexes System weiter verkompliziert. Die SPD-Fraktion im Landtag wird ihren Gesetzentwurf zur kompletten Abschaffung der Beiträge aufrechterhalten. Der Vorschlag meiner Fraktion bedeutet echten Bürokratieabbau und ist klar, fair und gerecht. Die Anwohnerinnen und Anwohner müssen keine Beiträge zahlen, da das Land diese übernimmt.

Diese Woche habe ich gemeinsam mit unserem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Christian Dahm zwei Vertreterinnen der Bürgerinitiative „#ichzahldasnicht“ aus Gescher im Landtag empfangen. Der WDR hat dazu einen Beitrag für die Lokalzeit Münster erstellt, den man sich hier anschauen kann.

Drucksache: 17/4115

KLIMASCHUTZ SOZIAL UND GERECHT GESTALTEN

Der Klimawandel verlangt mutige Schritte. Die CO2-Emissionen müssen dringend gesenkt werden. Klar ist aber auch: Der Lebensstil des oberen Drittels der Gesellschaft beansprucht ein Vielfaches an CO2 als jener des unteren Drittels. Klimaschutz und Energiewende gibt es daher nur durch mehr Gerechtigkeit. Ein Baustein unserer Energiepolitik sieht deshalb auch eine sozialverträgliche CO2-Bepreisung vor, die klimafreundliches Verhalten belohnt und untere Einkommensgruppen nicht zusätzlich belastet. Bundesumweltministerin Svenja Schulze hat jetzt einen Plan dafür vorgelegt, wie eine CO2-Bepreisung so ausgestaltet werden kann, dass ungerechte Belastungen vermieden werden. Das gilt insbesondere für Menschen mit geringeren und mittleren Einkommen sowie für besonders betroffene Gruppen wie Pendlerinnen und Pendler sowie Mieterinnen und Mieter.

Leider herrscht aber in NRW aktuell in der Klimapolitik der Landesregierung absoluter Stillstand. Sie hat kein tragfähiges Konzept, wie sie auf diese wichtige Zukunftsfrage reagieren will. CDU und FDP müssen sich endlich ihrer klimapolitischen Verantwortung stellen und Farbe bekennen: Wie stehen sie zu einer sozialverträglichen Ausgestaltung einer CO2-Bepreisung? Und wie wollen sie die notwendigen Treibhausgasminderungen erzielen? Wir haben die Pläne der Bundesumweltministerin und das Nicht-Handeln der Landesregierung zum Anlass genommen, um eine Aktuelle Stunde für dieses Plenum zu beantragen.

Meine Rede im Rahmen der Aktuellen Stunde kann hier abgerufen werden.

Drucksache: 17/6821

VERKEHRSWENDE: KOSTENLOSES TICKET FÜR KINDER UND JUGENDLICHE

Reden allein hilft nicht. Für eine echte Verkehrswende zum nachhaltigen Klimaschutz sind spürbare Schritte notwendig. Weg vom motorisierten Individualverkehr hin zu einer breiten Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs. Die Einführung eines landesweiten kostenfreien Fahrtickets für Kinder und Jugendliche bis 14 Jahre ist ein deutliches Signal. Dabei soll in einem ersten Schritt der Eltern-Anteil bei den Schülertickets vom Land übernommen werden. Im zweiten Schritt sollen die kostenlosen Tickets für junge Menschen bis 18 Jahren eingeführt werden. Der Einstieg in die umfassende Verkehrswende ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Dazu muss die Landesregierung mit den Verkehrsverbünden in NRW verhandeln, um zu einem attraktiven und preiswerteren öffentlichen Personennahverkehr zu gelangen. Mit unserem Antrag fordern wir CDU/FDP dazu auf, endlich über Sonntagsreden hinaus zu handeln.
Meine Rede zur Debatte ist hier abrufbar.

Drucksache: 17/6591

AUSTAUSCH BEI WESTFLEISCH IN COESFELD

Gemeinsam mit der SPD-Bundestagsabgeordneten Ursula Schulte habe ich Westfleisch in Coesfeld besucht und mich mit Vertreterinnen und Vertreter des Unternehmens ausgetauscht. Am Standort in Coesfeld werden jährlich 2,6 Mio. Schweine geschlachtet und verarbeitet. Der Schlachthof ist damit der fünftgrößte in Europa. Insgesamt beschäftigt Westfleisch ca. 5000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus 27 Nationen in allen Niederlassungen.

Ich konnte vor Ort den Schlachtprozess von der Tötung des Tieres, über die Zerlegung bis hin zur Verarbeitung nachvollziehen.
Westfleisch vermarktet seine Produkte weltweit. Hauptimportländer sind die Benelux-Staaten, China und Skandinavien. Laut Carsten Schruck, dem geschäftsführenden Vorstand, sei dies auch notwendig, da der deutsche Verbraucher hauptsächlich Filet, Schinken und andere Edelteile des Schweins abnehmen würde. Mit dem Export könne sichergestellt werden, dass nicht stark nachgefragte Teile wie Innereien verarbeitet werden.

Neben der Besichtigung des Schlachthofs, bot sich mir die Möglichkeit zum Austausch und Diskussion: Intensiv haben wir über die Arbeitsbedingungen der Fachkräfte gesprochen. In der Vergangenheit wurde regelmäßig über Verstöße gegen den Mindestlohn und schlechte Unterbringungsmöglichkeiten, der vor allen aus Ost-Europa stammenden Angestellten berichtet. Die Vertreter von Westfleisch betonten, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mindestens den Mindestlohn erhalten und stichprobenartig die Unterkünfte überprüft werden würden. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter leisten eine unglaublich körperlich fordernde Arbeit, für die sie unseren Respekt verdienen. Leider werden sie immer noch zu schlecht entlohnt, was auch auf einen zu niedrigen Schweinefleischpreises zurückzuführen ist. Wir müssen dieses Dumping stoppen. Fleisch ist ein wertvolles Nahrungsmittel, für das die Landwirte und die verarbeitende Brache angemessen und fair entlohnt werden müssen.

GROSSE ANFRAGE ZUR SITUATION UND ENTWICKLUNG DES RADIOMARKTES

Seit 28 Jahren gibt es in NRW den privaten Lokalfunk. Die 44 Lokalradios tragen mit dem öffentlich-rechtlichen Hörfunkprogramm des WDR zur Medienvielfalt in NRW bei, die eine hohe Akzeptanz genießt. Unser Ziel ist es, das vorhandene Radiosystem zu erhalten. Durch die Einführung des Digitalradiostandards DAB+ jedoch könnte sich der Wettbewerb um Marktanteile in NRW insbesondere für die Lokalradios verschärfen. Mit einer Großen Anfrage haben wir die Landesregierung um Antworten gebeten.
Anlässlich dieser Anfrage habe ich vor kurzem mit unserem Fraktionsvorsitzenden Thomas Kutschaty und dem medienpolitischen Sprecher Alexander Vogt Radio Kiepenkerl in Dülmen besucht.

Drucksache 17/5749

THEMENWOCHE DER SPD-LANDTAGSFRAKTION: #DU_BIST_ES_WERT

Tag für Tag leben die Bürgerinnen und Bürger in NRW gegenseitige Akzeptanz, ohne groß darüber zu reden. Zusammenhalt funktioniert oft im Stillen. Über das was uns eint, reden wir leider zu selten und über das Trennende zu häufig. Mit unserer Themenwoche #DuBistEsWert wollen wir unsere Anerkennung für all diejenigen zum Ausdruck bringen, die täglich für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft sorgen.

Wir möchten unsere Anerkennung für die rund 10 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in NRW ausdrücken, die mit ihrer Arbeit das Rückgrat unserer Leistungs- und Innovationsfähigkeit darstellen. Aus diesem Grund fordern wir die Landesregierung auf, sich für die Abschaffung des Solidaritätsbeitrags für 90% der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler einzusetzen.
Wir drücken unsere Anerkennung für die 4.000 Menschen in NRW aus, die sich mit ihrer ganzen Kraft in den Alltag zurückkämpfen und ihre Chance auf dem sozialen Arbeitsmarkt suchen. Deshalb fordern wir die Landesregierung auf, sich engagiert für Langzeitarbeitslose einzusetzen und Möglichkeiten für eine reguläre, sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu schaffen.
Anerkennung haben die Rentnerinnen und Rentner verdient, die mit ihrer Lebensleistung unseren Wohlstand miterarbeitet haben. Die Landesregierung muss sich auf Bundesebene für die Einführung einer staatlich garantierten Grundrente einsetzen.
Auch den Familien drücken wir unsere Anerkennung für die Bewältigung der täglichen Herausforderungen des Alltags aus. Deshalb setzen wir uns für die vollständige Abschaffung der Kita-Gebühren ein.

Wir möchten eins verdeutlichen: Diejenigen, die sich solidarisch mit anderen verhalten, sich gegenseitig unterstützen, sich helfen, Probleme lösen und sich in der Gesellschaft in verschiedenen Formen engagieren, haben mehr Wertschätzung verdient.
Die Menschen sind es wert.
#DuBistEsWert

Drucksache: 17/6590

ZUKUNFTSPLAN FÜR DIE GANZSCHULE

Durch die Einführung der Ganztagsschule ist ein großer Schritt zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf gelungen. Mehr als 300.000 Grundschülerinnen und -schüler nutzen inzwischen Ganztagsangebote. Das ist eine enorme Entlastung für die Familien. Zudem ist ein qualitativ guter Ganztag eine Voraussetzung dafür, die Zukunft und den Erfolg der Schulkinder von ihrer sozialen Herkunft loszulösen. All dies hat dazu geführt, dass der Ganztag einen großen Zuspruch erfährt. Allerdings ist der Offene Ganztag seit seiner Einführung ein Provisorium: Noch immer gibt es keine gesetzliche Verankerung und die finanzielle Zuständigkeit ist nach wie vor ungeklärt. Außerdem ist in NRW die Qualität des Angebots uneinheitlich. Wir erwarten von der Landesregierung, dass sie ein tragfähiges Zukunftskonzept für den Ganztag in der Primarstufe erarbeitet und in Verhandlungen mit dem Bund eintritt, um endlich Rahmenbedingungen für einen Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz ab 2025 abzustimmen.

Drucksache: 17/4456

PRAKTIKUMSBERICHT LEA SOHN

Mein Name ist Lea Sohn, ich bin 17 Jahre alt, gehe auf das Gymnasium Marienberg in Neuss und habe vom 1. Juli bis 10. Juli 2019 mein Betriebspraktikum im Büro des Landtagsabgeordneten André Stinka absolviert.

In dieser Zeit konnte ich an Fraktionssitzungen, Anhörungen und Ausschusssitzungen teilnehmen und so umfassend Einblick in die politische Arbeit eines Abgeordneten und den Prozess politischer Entscheidungsfindung erhalten. Den Abschluss meines Praktikums bildete ein Plenartag, bei dem ich den Landtag auch einmal mit einer ganz veränderten Atmosphäre erleben durfte.

In der restlichen Zeit hatte ich die Möglichkeit, die Arbeit von André Stinka und seinem Team hautnah mitzuerleben. In seiner Funktion als umweltpolitischer Sprecher konnte mir André Stinka einiges über den Klimawandel und die Bekämpfung seiner Folgen vermitteln. So besuchte ich beispielsweise einen Workshop des NABU mit Schwerpunktthema Biodiversität und habe bei der Vorbereitung von Vorträgen zu Mobilität der Zukunft und Nachhaltigkeit in der Metropole Ruhr mitgeholfen.

Besonders interessant gestalteten sich für mich die Abstimmungen in den Ausschusssitzungen und der unterschiedliche Ton im Diskurs je nach Form, Teilnehmern und Themen der Debatten.

Durch mein Praktikum konnte ich Politik einmal aus einer anderen Perspektive kennenlernen, was ich sehr spannend fand.

Ich habe mich sehr herzlich aufgenommen gefühlt und werde meine Praktikumszeit in guter Erinnerung behalten.

REMINDER: WETTBEWERB BIENENFREUNDLICHSTER GARTEN/BALKON

Auch in diesem Jahr veranstalte ich wieder den Wettbewerb um den bienenfreundlichsten Garten bzw. Balkon im Kreis Coesfeld. Besonders freue ich mich, dass ich mit Svenja Schulze und Christian Chwallek zwei Experten als Jurymitglieder gewinnen konnte. Hier der Link zu weiteren Informationen.

WEITERE INFORMATIONEN

V.i.S.d.P. André Stinka MdL, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf